

Abhandlungen zur Nationalökonomie

Band 13

Unternehmensbesteuerung und Handelsbilanz

Eine ökonomische Analyse
der Verknüpfung von Handelsbilanz
und Steuerbemessungsgrundlage

Von

Norbert Schiele



Duncker & Humblot · Berlin

NORBERT SCHIELE

Unternehmensbesteuerung und Handelsbilanz

Abhandlungen zur Nationalökonomie

Herausgegeben von Professor Dr. Karl-Dieter Grüske

**in Zusammenarbeit mit den Professoren
Dr. Wolfgang Harbrecht, Dr. Joachim Klaus,
Dr. Werner Lachmann, Dr. Manfred Neumann**

Band 13

Unternehmensbesteuerung und Handelsbilanz

Eine ökonomische Analyse
der Verknüpfung von Handelsbilanz
und Steuerbemessungsgrundlage

Von

Norbert Schiele



Duncker & Humblot · Berlin

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Schiele, Norbert:

Unternehmensbesteuerung und Handelsbilanz : eine
ökonomische Analyse der Verknüpfung von Handelsbilanz
und Steuerbemessungsgrundlage / von Norbert Schiele. –

Berlin : Duncker und Humblot, 2000

(Abhandlungen zur Nationalökonomie ; Bd. 13)

Zugl.: Erlangen-Nürnberg, Univ., Diss., 1999

ISBN 3-428-10170-7

n 2

Alle Rechte vorbehalten

© 2000 Duncker & Humblot GmbH, Berlin

Fremddatenübernahme und Druck:

Berliner Buchdruckerei Union GmbH, Berlin

Printed in Germany

ISSN 0947-4595

ISBN 3-428-10170-7

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☹

Einführung des Herausgebers

Die Schriftenreihe *Abhandlungen zur Nationalökonomie* wurde von den Mitgliedern des Volkswirtschaftlichen Instituts an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg gegründet, um wichtige Ergebnisse wirtschaftswissenschaftlicher Forschung in angemessener Form zu präsentieren und das weite Spektrum der Nürnberger Ökonomie vorzustellen. In erster Linie sollen deshalb herausragende Dissertationen, Habilitationen, Monographien und Sammelbände publiziert werden, die an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät in Nürnberg entstanden.

Die Reihe wird mit dem vorliegenden Band 13 von Norbert Schiele fortgesetzt. Die Arbeit entstand als Dissertation an meinem Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Finanzwissenschaft. Sie verfolgt das Ziel, die Verknüpfung von Handels- und Steuerbilanz aus ökonomischer Sicht theoretisch fundiert zu analysieren. Im wesentlichen orientiert sich die Studie dabei an zwei Fragekomplexen: Zum einen geht es um die kritische Analyse des sog. Maßgeblichkeitsprinzips, also um das Problem, ob es ökonomisch gerechtfertigt ist, die Handelsbilanz gleichzeitig zur Steuerbemessung heranzuziehen. Zum anderen diskutiert die Arbeit, welche Wirkungen durch eine einheitliche bzw. getrennte Bilanzierung zu erwarten sind, wenn man die Funktion der handelsrechtlichen Rechnungslegung zur Ausschüttungsbemessung berücksichtigt. Damit werden neben den unmittelbaren Wirkungen steuerlicher Bemessungsgrundlagen auch Rückwirkungen des Steuerrechts auf den handelsrechtlichen Jahresabschluß thematisiert.

Zur Methodik ist festzustellen, daß die Studie sowohl die modernen Methoden der betriebswirtschaftlichen Steuerwirkungsanalyse sowie der finanzwissenschaftlichen Untersuchungen zur Kapitaleinkommensbesteuerung heranzieht. Damit liegt eine Arbeit vor, die sich in ihrer gründlichen theoretischen Fundierung und interdisziplinären Ausrichtung wesentlich von bereits vorliegenden Monographien abhebt und erstmals das komplexe Problem der Bilanzverknüpfung auf Basis der zu erwartenden Entscheidungswirkungen betrachtet.

Die Studie belegt, daß die handelsrechtlichen Bilanzierungs- und Bewertungsprinzipien für zahlreiche Entscheidungsverzerrungen in Unternehmen verantwortlich sind, wenn sie als Steuerbemessungsgrundlage dienen. Insbesondere sind sie nicht dazu geeignet, Entscheidungsneutralität im Investitionsbereich sicherzustellen. Zudem hat die Art der Bilanzverknüpfung weitreichende Konsequenzen für den Kapitaleinsatz innerhalb einer Unternehmung sowie für die Kapitalaufteilung zwischen verschiedenen organisierten Unternehmungen bzw. zwischen Ländern mit

unterschiedlichen Bilanzierungskonzeptionen. Auch aktuelle Reformentwürfe zur Unternehmensbesteuerung sind vor dem Hintergrund der hierzulande gültigen Bilanzverknüpfung kritisch zu beurteilen.

Insgesamt schließt der Verfasser mit seiner fundierten Analyse und seinem interdisziplinären Ansatz eine wichtige Lücke im Schrifttum zum ertragsteuerlichen Maßgeblichkeitsprinzip. Später folgende Arbeiten werden an den vorgelegten Ergebnissen nicht vorbeigehen können. Nicht zuletzt deshalb wurde die vorliegende Dissertation mit dem Promotionspreis der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg ausgezeichnet.

Nürnberg, im Februar 2000

Karl-Dieter Gröske
(Geschäftsführender Herausgeber)

Vorwort

Die vorliegende Studie entstand während meiner Zeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Finanzwissenschaft, der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg. Die Arbeit setzt einen Teil des Forschungsprogramms des Lehrstuhls fort, der verschiedene Aspekte der Effizienz staatlicher Einnahmeerhebung zum Gegenstand hat. Sie befaßt sich mit den ökonomischen Wirkungen, die aus der Verknüpfung von handelsrechtlicher Rechnungslegung und steuerlicher Gewinnermittlung folgen. Dabei werden zum einen diejenigen Effekte thematisiert, die zu erwarten sind, wenn handelsrechtlich geprägte Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze der Ertragsbesteuerung dienen. Zum anderen wird aber auch der Frage nachgegangen, welche ökonomisch relevanten Einflüsse sich aus der Rückwirkung des Steuerrechts auf den handelsrechtlichen Jahresabschluß ergeben. Um die genannten Wirkungen modellgestützt identifizieren zu können, wird das steuertheoretische Methodopotential der modernen Investitions- und Finanzierungstheorie herangezogen. Auf diese Weise kann schließlich festgestellt werden, welche Bedeutung der Verknüpfung von Handels- und Steuerbilanz im Hinblick auf eine gesamtwirtschaftlich effiziente Verwendung knapper Ressourcen zukommt.

Bedanken möchte ich mich an erster Stelle bei meinem verehrten akademischen Lehrer und Doktorvater Prof. Dr. Karl-Dieter Gröske. Er hat die Untersuchung während meiner Zeit an seinem Institut auf eine Art und Weise unterstützt, die sicherlich über das sonst übliche Maß hinausgeht. Danken möchte ich auch Herrn Prof. Dr. Wolfram Reiß für die Übernahme des Zweitgutachtens. Ebenso bin ich meinen Kollegen am Institut für die zahlreichen kritisch-konstruktiven Diskussionen zu Dank verpflichtet. Besonders hervorgehoben seien an dieser Stelle Michael Maier und Dr. Udo Raab. Sie haben Teile des Manuskripts gelesen und mit wertvollen Anmerkungen versehen. Der Graduiertenförderung der Universität Erlangen-Nürnberg danke ich für die finanzielle Unterstützung meiner Promotion.

Schließlich ist es mir ein wichtiges Anliegen, in den Dank meine Eltern und meine Sandra einzubeziehen. Sie mußten mich in den zahlreichen seelischen Tiefpunkten ertragen, die ein derartiges Vorhaben mit sich bringt. Ohne ihr Verständnis und die vielfältige Unterstützung hätte die Arbeit niemals entstehen können. Ihnen widme ich dieses Buch.

Nürnberg, im Februar 2000

Norbert Schiele

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	31
A. Problemstellung	31
B. Zielsetzung und Abgrenzung der Arbeit	34
C. Aufbau der Arbeit	36

1. Teil

Grundlegung

1. Kapitel

Rechnungslegung und Unternehmensbesteuerung: Grundlagen	39
A. Unternehmerische Tätigkeit als Anknüpfungspunkt der Besteuerung	40
I. Zum Begriff unternehmerischer Tätigkeit	40
II. Identifikation besteuereungsrelevanter Bezugsgrößen unternehmerischer Tätigkeit	41
B. Zur Verknüpfung von Handels- und Steuerrecht im Rahmen verschiedener Konzepte der Unternehmensbesteuerung	43
I. Konzepte zur Besteuerung unternehmerischer Tätigkeit auf Unternehmungs- und Haushaltsebene	44
1. Besteuerung von Einkommen und Konsum auf Haushaltsebene als zentrale Orientierungspunkte eines Steuersystems	44
a) Vermögenserhaltung als zentrales Merkmal für „Einkommen“	45
b) Inhaltliche und erhebungstechnische Konkretisierung der Begriffe „Einkommen“ und „Konsum“	47

2. Ermittlung der steuerungsrelevanten Bemessungsgrundlage auf Unternehmensebene	48
3. Integration der institutionellen Unternehmungsbesteuerung in die Haushaltsbesteuerung	52
4. Fazit: Einkommens- und konsumorientierte Systeme der Besteuerung unternehmerischer Tätigkeit	53
II. Zum Verhältnis von Handelsbilanz und Unternehmensbesteuerung	55
1. Aufgaben und inhaltliche Ausgestaltung der handelsrechtlichen Rechnungslegung	55
2. Möglichkeiten der Anknüpfung an die handelsrechtliche Rechnungslegung im Rahmen unterschiedlicher Besteuerungskonzepte	56
3. Rückwirkungen der Unternehmensbesteuerung auf das Handelsrecht	58
III. International übliche Regelungen zur Unternehmensbesteuerung und Bilanzverknüpfung	60
C. Verknüpfung von handels- und steuerrechtlicher Rechnungslegung nach deutschem Bilanzrecht	63
I. „System“ der Besteuerung unternehmerischer Tätigkeit nach derzeitiger Rechtslage	63
1. Zur Erfassung des Steuergegenstandes „unternehmerische Tätigkeit“ im deutschen Ertragsteuerrecht	64
2. Zentrale Merkmale der Unternehmensbesteuerung in Deutschland	66
II. Zum Maßgeblichkeitsprinzip des deutschen Bilanzrechts	67
1. Persönlicher Anwendungsbereich des Maßgeblichkeitsprinzips	67
2. Definition und Systematik des Maßgeblichkeitsprinzips	69
III. Wechselwirkungen zwischen den Rechnungslegungsbereichen	74
1. Wesentliche Merkmale des kaufmännischen Gewinns als Steuerbemessungsgrundlage	74
a) Realisationsprinzip und umsatzbezogener Gewinnausweis	74
b) Periodisierung von Anschaffungs- bzw. Herstellungsauszahlungen und zukünftigen Rentenverpflichtungen	78

Inhaltsverzeichnis	11
c) Vorwegnahme drohender Verluste	79
d) Nominalwertbezogene Gewinnermittlung	81
2. Rückwirkung der Unternehmensbesteuerung auf den handelsrechtlichen Jahresabschluß	82
a) Rückwirkungen bei einheitlicher Bilanzierung	82
aa) Einheitliche Bilanzierung durch handelsrechtliche Öffnungsklauseln	82
bb) Bilanztechnische Bedeutung der umgekehrten Maßgeblichkeit	84
b) Rückwirkungen im Fall getrennter Bilanzierung	88
aa) Latente Steuerabgrenzung im handelsrechtlichen Jahresabschluß	88
bb) Bilanztechnische Bedeutung der latenten Steuerabgrenzung	89
D. Zwischenergebnis	92

2. Kapitel

Methodische Grundlagen einer ökonomischen Beurteilung der Bilanzverknüpfung 94

A. Problematik „wahrheitsorientierter“ Ansätze zur Beurteilung der Bilanzverknüpfung	95
B. Öffentlich induzierte Transaktionskosten als Beurteilungskriterium für die Effizienz der Verknüpfung von Handels- und Steuerrecht	98
I. Steuerwirkungen und Transaktionskosten im Bereich der Besteuerung unternehmerischer Tätigkeit	98
1. Öffentliche Transaktionskosten der Steuererhebung – eine Übersicht	99
2. Systematik unternehmerischer Anpassungsaktivitäten und ihre wohlfahrtsrelevanten Folgen	101
a) Bedeutung unternehmerischer Steuerplanungsaktivitäten für die Identifikation von Transaktionskosten in Markt und Staat	102
aa) Unternehmerische Planungsaktivitäten als unmittelbarer Auslöser zahlreicher Transaktionskosten der Steuererhebung	102
bb) Systematisierung der Planungsbereiche	104
b) Mittelbare Folgen langfristiger Anpassungsreaktionen	106
II. Auswirkungen der Rechnungslegungsverknüpfung auf die Transaktionskosten der Steuererhebung	109
1. Deklarations- und Folgekosten für den Steuerpflichtigen	110

2. Realwirtschaftliche Entscheidungswirkungen auf Unternehmungs- und Haushaltsebene	111
3. Wirkungen auf vorgegebene Ziele staatlicher Tätigkeit	114
III. Wirkungsgeflecht der Bilanzverknüpfung als Ausgangspunkt einer ökonomischen Beurteilung	116
C. Zur modellanalytischen Identifikation relevanter Transaktionskosten	118
I. Abgrenzung modellanalytisch erfaßbarer Transaktionskosten der Bilanzverknüpfung	118
1. Möglichkeiten einer informationsökonomischen Beurteilung steuerlicher Rückwirkungen auf die handelsrechtliche Rechnungslegung	118
a) Ökonomische Funktion handelsrechtlicher Bilanzrechtsregulierung	119
b) Beurteilung der Bilanzverknüpfung auf institutionenökonomischer Basis?	121
2. Transaktionskosten der Bilanzverknüpfung in einer Modellwelt mit vollständig informierten Individuen?	123
II. Theoretische Grundlagen einer modellgestützten Steuerwirkungsanalyse	124
1. Gemeinsame Ausgangspunkte der folgenden Modellbildung	124
2. Theoretische Grundlagen der Modellbildung	126
a) Intertemporale Konsumaufteilung im Zwei-Zeitpunkte-Modell	126
b) Investitionsentscheidungen im Mehr-Zeitpunkte-Modell	131
aa) Entscheidungstheoretische Modellierung des Investitionsproblems ..	132
bb) Kontrolltheoretische Modellierung des Investitionsproblems	134
III. Indikatoren zur Messung der Wohlfahrtsverluste	140
1. Entscheidungsneutralität als Referenzpunkt zur Beurteilung steuerlicher Bemessungsgrundlagen	140
2. Indikatoren zur Messung von Steuerwirkungen im Investitionsbereich	142
3. Zwischenergebnis: Wirkungsmessung im Rahmen der Verknüpfung von Handels- und Steuerbilanz	145

Inhaltsverzeichnis	13
--------------------	----

2. Teil

Entscheidungswirkungen einer Anknüpfung der steuerlichen Gewinnermittlung an handelsrechtliche Bilanzierungs- und Bewertungsprinzipien	148
---	-----

3. Kapitel

Theoretischer Rahmen einer Steuerwirkungsanalyse im Investitionsbereich	149
--	-----

A. Anforderungen des Untersuchungsgegenstandes an das methodische Instrumentarium	150
B. Messung von Steuerwirkungen im Investitionsbereich via Kapitalwertvergleich	152
I. Ökonomische Interpretation und Ermittlung von Kapitalwertdifferenzen	152
1. Formale Integration der Ertragsbesteuerung in das Kapitalwertkriterium	153
2. Formale Vorgehensweise zur Ermittlung von Kapitalwertdifferenzen für verschiedene Investitionstypen	155
3. Zur Möglichkeit der Kalibrierung von Grenzinvestitionen für unterschiedliche Investitionstypen	158
II. Zur Bedeutung eines steuertheoretischen Referenzpunktes im Rahmen des Kapitalwertvergleichs	159
1. Kapitaltheoretischer Gewinn als Referenzpunkt zur Messung von Steuerwirkungen im Rahmen eines einkommensorientierten Steuersystems	161
2. Identifikation von Verzerrungsursachen vor dem Hintergrund des kapitaltheoretischen Gewinns	164
C. Renditevergleich und das Konzept effektiver Grenzsteuersätze	166
D. Zusammenfassung und weitere Vorgehensweise	169

4. Kapitel

Ökonomische Analyse der bilanzrechtlichen Gewinnrealisation	172
--	-----

A. Steuerwirkungen bei einmaligen und einperiodigen Vorratsinvestitionen	173
B. Steuerwirkungen bei wiederholten und einperiodigen Vorratsinvestitionen	175

I. Investitionsketten mit marginalen Einzelinvestitionen	175
1. Zur entscheidungsneutralen Aufwands- und Ertragsverrechnung	175
2. Verzerrungen aus der bilanzrechtlichen Aufwands- bzw. Ertragsverrechnung	177
II. Marginale Investitionsketten	179
1. Zur entscheidungsneutralen Aufwands- und Ertragsverrechnung	179
2. Verzerrungen aus einer Einzelbewertung mit Ertragswerten	180
3. Verzerrungen aus der anschaffungswertorientierten Einzelbewertung des Bilanzrechts	188
C. Steuerwirkungen bei mehrperiodigen Vorratsinvestitionen	192
I. Zur entscheidungsneutralen Aufwands- und Ertragsverrechnung	192
II. Verzerrungen aus der bilanzrechtlichen Aufwands- bzw. Ertragsverrechnung ...	194
1. Besonderheiten im Rahmen der Modellierung einer mehrperiodigen Grenz- investition im Vorratsbereich	194
2. Quantifizierung der bilanzrechtlich bedingten Verzerrungen	195
III. Zur Entscheidungsrelevanz der bilanzrechtlichen Ertragsverrechnung	198
IV. Zur Abhängigkeit der Entscheidungswirkungen von Zins- bzw. Steuersätzen ...	203
D. Zwischenergebnis	207

5. Kapitel

Ökonomische Analyse der bilanzrechtlichen Periodisierung	209
A. Ausgangspunkte der Analyse	211
B. Verzerrungen aus den bilanzrechtlichen Abschreibungsregeln	213
I. Zur Relevanz von Zahlungsverläufen für die Investitionswirkungen der Ab- schreibungsverrechnung	213
II. Zur Relevanz der Projektdauer für die Investitionswirkungen der Abschrei- bungsverrechnung	218
C. Zusammenfassung	220

6. Kapitel

Ökonomische Analyse der bilanzrechtlichen Verlustvorwegnahme 222

A. Vorüberlegungen zu einer ökonomischen Analyse der bilanzrechtlichen Verlustvorwegnahme unter Sicherheit 223

B. Wirkungen der bilanzrechtlichen Verlustvorwegnahme 226

 I. Rahmenbedingungen der Analyse 226

 II. Vorwegnahme tatsächlicher Verluste 228

 1. Entscheidungswirkungen bei mehrperiodigen Vorratsinvestitionen 228

 a) Zur Modellierung einer mehrperiodigen Vorratsinvestition mit tatsächlichen Verlusten im Zeitablauf 228

 b) Wirkungen aus der Vorwegnahme tatsächlicher Verluste 230

 2. Entscheidungswirkungen bei schwebenden Verträgen 235

 III. Vorwegnahme entgangener Gewinne 239

 IV. Vorwegnahme zukünftiger unrealisierter Erträge 243

C. Zwischenergebnis 247

7. Kapitel

Ökonomische Analyse der bilanzrechtlichen Nominalkapitalerhaltung 249

A. Zur entscheidungstheoretischen Bedeutung des Nominalwertprinzips 250

B. Möglichkeiten einer verzerrungsfreien Verteilung der Anschaffungs- bzw. Herstellungsauszahlungen im Fall nicht marginaler Investitionsprojekte 253

 I. Denkbare Varianten einer systematisch entscheidungsneutralen Nominalwertbesteuerung 254

 II. Ertragswertorientierte Abschreibung der historischen Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten 255

C. Zu den Wechselwirkungen des Nominalwertprinzips mit den Periodisierungsgrundsätzen einer nicht neutralen Besteuerung 257

 I. Zur analytischen Trennung periodisierungs- und nominalwertbedingter Kapitalwertänderungen 258

II. Determinanten der Kapitalwertänderungen	259
III. Zur Interdependenz der Effekte	262
D. Zusammenfassung	265

3. Teil

Ökonomische Analyse steuerrechtlicher Rückwirkungen auf die handelsrechtliche Rechnungslegung 267

8. Kapitel

Investitions- und Finanzplanung der Unternehmung unter dem Einfluß der handelsrechtlichen Rechnungslegung 268

A. Rahmenbedingungen einer neoklassisch orientierten Wirkungsanalyse	268
B. Das Entscheidungsproblem der Unternehmung unter Berücksichtigung der Besteuerung	270
I. Definitorische Beziehungen zwischen Bilanzgewinn, Ertragsteuern und Nettoausschüttungen	270
1. Anknüpfungspunkte der Ertragsbesteuerung	270
2. Höhe der Nettoausschüttungen unter dem Einfluß der Besteuerung	272
II. Zum Optimierungsansatz der Firma unter Berücksichtigung der Besteuerung ...	273
1. Zielfunktion einer im Interesse der Eigentümer handelnden Unternehmung ..	273
2. Kontrolltheoretischer Lösungsansatz	275
C. Optimale Finanzierungsentscheidung der Unternehmung in Abhängigkeit von unterschiedlichen Bilanzierungskonventionen	276
I. Struktur der Finanzierungsentscheidung ohne Berücksichtigung handels- und steuerrechtlicher Bewertungsspezifika	277
1. Einfluß der Besteuerung auf die Finanzplanung der Unternehmung	277
a) Paarweiser Vergleich der Finanzierungsarten	278
aa) Vergleich zwischen Beteiligungs- und Selbstfinanzierung	278
bb) Vergleich zwischen Fremd- und Selbstfinanzierung	279
cc) Vergleich zwischen Fremd- und Beteiligungsfinanzierung	281
b) Determinanten von Finanzierungspräferenzen und -kosten	282

Inhaltsverzeichnis	17
2. Berücksichtigung von Finanzierungsschranken	285
a) Notwendigkeit von Finanzierungsschranken zur Verhinderung steuerbedingter Arbitrage	285
b) Inhaltliche Ausprägung der Beschränkungen	286
3. Optimale Finanzierungsstruktur bei verschiedenen Steuersatzkonstellationen	290
II. Berücksichtigung handels- und steuerrechtlicher Abschreibungsregeln im Rahmen der Finanzplanung	291
1. Zur Bedeutung der handels- und steuerrechtlichen Abschreibungsverrechnung für das Ausschüttungsvolumen der Firma	292
2. Finanzierungsschranken bei einheitlicher und getrennter Bilanzierung	294
a) Restriktionen für die Finanzplanung bei einer im Vergleich zur Handelsbilanz beschleunigten steuerlichen Aufwandsverrechnung	294
b) Restriktionen für die Finanzplanung bei einer im Vergleich zur Handelsbilanz verzögerten steuerlichen Aufwandsverrechnung	296
III. Finanzierungsquellen bei einheitlicher und getrennter Bilanzierung	297
D. Simultane Analyse von Investitions- und Finanzierungsentscheidung	299
I. Optimierung unter der Bedingung einer im Vergleich zur Handelsbilanz beschleunigten steuerlichen Aufwandsverrechnung	299
1. Kapitalkosten im Fall einheitlicher Bilanzierung	300
2. Kapitalkosten im Fall getrennter Bilanzierung	305
II. Optimierung unter der Bedingung einer im Vergleich zur Handelsbilanz verzögerten steuerlichen Aufwandsverrechnung	310
E. Zwischenergebnis	313

9. Kapitel

Kapitaleinsatz der Unternehmung bei einheitlicher und getrennter Bilanzierung	314
A. Zur Bedeutung einer flexiblen Finanzplanung für die Investitionsneutralität der Besteuerung	314
I. Das Johanson-Samuelson-Theorem als Ausgangspunkt	315

II. Finanzierungsstruktur und Investitionsneutralität der Besteuerung	316
1. Investitionsneutralität bei exogen gegebener Eigenfinanzierung?	316
2. Investitionsneutralität im Fall einer vollständig flexiblen Finanzplanung	318
B. Veränderte Anforderungen an eine investitionsneutrale Unternehmensbesteuerung im Kontext der Verknüpfung von Handels- und Steuerrecht	320
I. Bedingungen für Investitionsneutralität im Fall einheitlicher Bilanzierung	320
II. Bedingungen für Investitionsneutralität im Fall getrennter Bilanzierung	322
C. Investitionsentscheidungen vor dem Hintergrund steuerlicher Abschreibungsvergünstigungen	325
I. Zur Wirksamkeit steuerlicher Abschreibungserleichterungen als Investitionsförderungsmaßnahme	325
II. Zum Einfluß von Steuersatzänderungen auf die Kapitalkosten bei einheitlicher und getrennter Bilanzierung	327
1. Paradoxe Wirkung von Steuersatzänderungen auf einbehaltene Gewinne un- abhängig von der Bilanzierungskonzeption?	328
a) Grundaussagen zum Steuerparadoxon bei getrennter Bilanzierung	328
b) Bedeutung eines zunehmenden Eigenkapitalanteils bei der Investitions- finanzierung	330
2. Effekte sonstiger Tarifänderungen auf Unternehmungs- und Haushaltsebene	333
D. Zwischenergebnis	335

10. Kapitel

Intersektorale Kapitalstruktur bei einheitlicher und getrennter Bilanzierung 337

A. Institutionelle und rechtliche Ausgangspunkte einer Analyse der intersektoralen Kapitalstruktur	338
B. Modellstruktur und intersektorales Kapitalmarktgleichgewicht	339
I. Optimale Kapitalaufteilung im Harberger-Modell ohne Steuern	340
II. Intersektorale Kapitalstruktur unter Berücksichtigung der Besteuerung von Per- sonen- und Kapitalgesellschaften	342

Inhaltsverzeichnis	19
C. Zur Bedeutung der Finanzplanung für die intersektorale Kapitalaufteilung	345
I. Zur Harbergerschen Sichtweise der Körperschaftsteuer	345
II. Zur Relevanz des Harberger-Ergebnisses bei größerer Finanzierungsflexibilität im körperschaftlich organisierten Sektor	347
D. Zum Einfluß der handelsrechtlichen Rechnungslegung auf die intersektorale Kapitalstruktur	348
I. Intersektorale Kapitalstruktur im Fall einer beschleunigten Abschreibung in der Steuerbilanz und gegebenen Steuersätzen	348
1. Intersektorale Kapitalstruktur bei getrennter Bilanzierung und ökonomisch korrekter Abschreibung in der Handelsbilanz als Ausgangspunkt	349
2. Bedeutung eines zunehmenden Eigenkapitalanteils der Investitionsfinanzierung	350
II. Zum Einfluß von Steuersatzänderungen auf die intersektorale Kapitalaufteilung bei einheitlicher und getrennter Bilanzierung	351
1. Zur Vorgehensweise	351
2. Aussagen zur Wirkungsrichtung von Steuersatzänderungen	352
III. Überlegungen zur intersektoralen Kapitalaufteilung in Deutschland	355
E. Zwischenergebnis	357

11. Kapitel

Internationale Kapitalstruktur bei einheitlicher und getrennter Bilanzierung	359
A. Ausgangspunkte einer Steuerwirkungsanalyse in global verflochtenen Kapitalmärkten	360
I. Internationaler Kapitalverkehr über Direkt- und Portfolioinvestitionen	360
II. Rechtliche und institutionelle Rahmenbedingungen der Analyse	362
1. Internationale Besteuerungsprinzipien	362
2. Zur Besteuerung von Portfolio- und Direktinvestitionen im internationalen Kontext	364
a) Grundlegende Annahmen bezüglich des institutionellen Rahmens der betrachteten Investitionsalternativen	364
b) Besteuerung von grenzüberschreitenden Kapitalerträgen	365

B. Modellstruktur und internationales Kapitalmarktgleichgewicht	367
I. Optimale Aufteilung der Kapitalgüter in einer Welt ohne Steuern	368
II. Internationale Kapitalstruktur unter Berücksichtigung der Besteuerung	370
1. Allokationstheoretische Bedeutung der internationalen Besteuerungsprinzipien	371
2. Internationale Kapitalstruktur im Lichte einer optimalen Investitions- und Finanzplanung der Unternehmung	373
a) Zuordnung der handels- und steuerrechtlichen Aktionsparameter	373
b) Optimale Investitions- und Finanzplanung im internationalen Konext	375
C. Zum Einfluß der handelsrechtlichen Rechnungslegung auf die internationale Kapitalaufteilung	377
I. Zur Bedeutung einer flexiblen Finanzplanung für die internationale Kapitalallokation	378
II. Internationale Kapitalstruktur im Fall vollkommen harmonisierter Steuerbemessungsgrundlagen und Steuersätze	379
1. Internationale Kapitalaufteilung bei unterschiedlichen Bilanzierungskonzeptionen und gegebenen Steuertarifen	379
2. Komparativ-statische Analyse bei weltweit einheitlichen Steuertarifänderungen	382
III. Zur Wirkung nationaler Steuersatzänderungen auf die internationale Kapitalstruktur	387
D. Zwischenergebnis	390

Resümee und politische Schlußfolgerungen

A. Resümee	392
B. Beurteilung aktueller Reformüberlegungen unter Beibehaltung des Maßgeblichkeitsprinzips	396
C. Ausblick: Reformstrategie bei Wegfall des Maßgeblichkeitsprinzips	400

Inhaltsverzeichnis	21
--------------------	----

Anhang

Anhang zum 8. Kapitel 404

A. Kapitalkosten bei einheitlicher Bilanzierung	404
I. Herleitung von Gleichung (VIII-53)	404
II. Herleitung von Gleichung (VIII-54)	405
B. Kapitalkosten bei getrennter Bilanzierung	406
I. Herleitung von Gleichung (VIII-61)	406
II. Herleitung von Gleichung (VIII-62)	406
III. Herleitung von Gleichung (VIII-69)	408
IV. Herleitung von Gleichung (VIII-70)	408
C. Finanzierungsbeitrag einer beschleunigten steuerlichen Abschreibung	410
D. Durch die handelsrechtliche Bewertung bedingter Umfang an Selbstfinanzierung	411

Anhang zum 9. Kapitel 413

A. Zur Veränderung der Kapitalkosten bei getrennter Bilanzierung im Fall zu- bzw. abnehmender Steuersätze auf Kursgewinne und Zinsen	413
I. Berechnung von $\partial c^{GB} / \partial s_w$	413
II. Berechnung von $\partial c^{GB} / \partial s_z$	413
B. Zur Veränderung der Kapitalkosten bei einheitlicher Bilanzierung im Fall zu- bzw. abnehmender Steuersätze auf Kursgewinne und Zinsen	414
I. Berechnung von $\partial c^{EB} / \partial s_w$	414
II. Berechnung von $\partial c^{EB} / \partial s_z$	415

Anhang zum 10. Kapitel 416

Literaturverzeichnis

A. Wissenschaftliche Beiträge	418
B. Sonstige Quellen	443

Tabellenverzeichnis

Tab. I-1:	Zentrale Merkmale einkommens- bzw. konsumorientierter Systeme der Unternehmensbesteuerung	54
Tab. I-2:	Bilanztechnische Auswirkungen steuerrechtlicher Abschreibungen	85
Tab. I-3:	Auswirkungen der umgekehrten Maßgeblichkeit auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage bei Anwendung der Nettomethode	86
Tab. I-4:	Bilanztechnische Auswirkungen der latenten Steuerabgrenzung	91
Tab. III-1:	Investitionsarten und potentielle Problembereiche der bilanzrechtlichen Gewinnermittlung	151
Tab. IV-1:	Steuerwirkungen des Realisationsprinzips bei einer einmaligen, einperiodigen Vorratsinvestition	174
Tab. IV-2:	Zahlungsverlauf im Fall wiederholter, marginaler Einzelinvestitionen bei konstanten Beschaffungspreisen	177
Tab. IV-3:	Zahlungsverlauf im Fall wiederholter, marginaler Einzelinvestitionen bei fallenden Beschaffungspreisen	178
Tab. IV-4:	Zahlungsverlauf einer marginalen Investitionskette – Ausgangswerte ..	181
Tab. IV-5:	Zahlungsverlauf einer marginalen Investitionskette – steigende Beschaffungsausgaben	182
Tab. IV-6:	Zahlungsverlauf einer marginalen Investitionskette – fallende Verkaufserlöse	182
Tab. IV-7:	Gesamt- und Einzelbewertung im Vergleich	184
Tab. IV-8:	Einzelkapitalwerte vor und nach Steuern bei Einzelbewertung	186
Tab. IV-9:	Effektive Grenzsteuersätze bei Einzelbewertung und variablen Verkaufserlösen	191
Tab. IV-10:	Besteuerung einer marginalen, mehrperiodigen Vorratsinvestition	196
Tab. IV-11:	Zahlungsverlauf einer marginalen, mehrperiodigen Vorratsinvestition	201
Tab. IV-12:	Besteuerung einer marginalen, mehrperiodigen Vorratsinvestition	204
Tab. V-1:	Besteuerung einer marginalen, mehrperiodigen Anlageinvestition	214
Tab. V-2:	Abschreibungsbarwerte einer marginalen, mehrperiodigen Anlageinvestition	217
Tab. VI-1:	Besteuerung einer marginalen, mehrperiodigen Vorratsinvestition	232
Tab. VI-2:	Besteuerung eines schwebenden Beschaffungsvertrages	236

Tab. VI-3:	Besteuerung einer marginalen, mehrperiodigen Vorratsinvestition	240
Tab. VI-4:	Beispiel eines Zahlungsverlaufs für ein langfristiges Beschaffungsgeschäft mit unsicheren zukünftigen Einzahlungen	245
Tab. VII-1:	Besteuerung bei ertragswertorientierter Abschreibung	261
Tab. VII-2:	dKW_S/dKW bei unterschiedlichen Zahlungsstrukturen	262
Tab. VIII-1:	Finanzierungskosten und Präferenzindikatoren der einzelnen Finanzierungsarten	284
Tab. VIII-2:	Finanzierungsquellen bei einheitlicher und getrennter Bilanzierung	299
Tab. IX-1:	Einfluß von Steuersatzänderungen auf die Kapitalkosten der Unternehmung	333
Tab. X-1:	Einfluß von Steuersatzänderungen auf die intersektorale Kapitalstruktur	353
Tab. XI-1:	Einfluß einzelstaatlicher Steuertarifänderungen auf die internationale Kapitalstruktur	388
Tab. XII-1:	Veränderungen der Modellparameter durch das „Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2002“	398
Tab. A-X-1:	Einfluß von Steuersatzänderungen auf die sektorspezifischen Kapitalgüterpreise	417

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1:	Aufbau der Arbeit	38
Abb. I-1:	Anknüpfungspunkte und Problembereiche der Unternehmensbesteuerung	42
Abb. I-2:	Konzepte zur Einkommensermittlung auf Unternehmungsebene	51
Abb. I-3:	Möglichkeiten der Anknüpfung der steuerlichen Gewinnermittlung an die Handelsbilanz	57
Abb. I-4:	Bilanzierungskonzepte in Westeuropa	62
Abb. I-5:	Methoden zur Einkünfteermittlung in Deutschland	65
Abb. I-6:	Systematik des Maßgeblichkeitsprinzips	73
Abb. II-1:	Steuerwirkungen und öffentliche Transaktionskosten	100
Abb. II-2:	Phasenschema des individuellen Entscheidungsprozesses	102
Abb. II-3:	Beeinflußbare Determinanten der Steuerbelastung	105
Abb. II-4:	Folgen einer verzerrenden Einkommensbesteuerung	108
Abb. II-5:	Systematisierung relevanter Entscheidungsbereiche	112
Abb. II-6:	Wirkungsgeflecht der Bilanzverknüpfung	117
Abb. II-7:	Investitions- und Konsumententscheidung bei vollkommenem Kapitalmarkt	129
Abb. III-1:	Messung der Entscheidungsrelevanz über einen Kapitalwertvergleich	157
Abb. III-2:	Vorgenommene Abgrenzung von Investitionsarten und Bilanzierungsprinzipien	170
Abb. IV-1:	Effektive Grenzsteuersätze einer marginalen Investitionskette bei ertragswertorientierter Einzelbewertung – variierende Preise auf Beschaffungs- und Absatzmärkten	183
Abb. IV-2:	Wirkung unterschiedlicher Bewertungsprinzipien auf den effektiven Grenzsteuersatz einer marginalen Investitionskette im Fall steigender Beschaffungspreise	188
Abb. IV-3:	Mittlere Abweichung der periodischen Aufwandsverrechnung für unterschiedliche Bewertungsverfahren bei variierenden Beschaffungspreisen	190
Abb. IV-4:	Effektive Grenzsteuersätze im Fall einer mehrperiodigen Vorratsinvestition bei unterschiedlichen Zahlungsverläufen	197

Abb. IV-5:	Steigung der Kapitalwertgeraden in Abhängigkeit von Zinssatz und Nutzungsdauer	202
Abb. IV-6:	Effektive Grenzsteuersätze aufgrund des Verbots von Ertragswertzuschreibungen bei unterschiedlichen Kalkulationszinssätzen	205
Abb. IV-7:	Kapitalwertdifferenzen aufgrund des Verbots von Ertragswertzuschreibungen bei steigenden Ertragsteuersätzen	206
Abb. V-1:	Effektive Grenzsteuersätze für mehrperiodige Anlageinvestitionen mit unterschiedlichen Überschußstrukturen bei linearer und degressiver Abschreibung	215
Abb. V-2:	Effektive Grenzsteuersätze für mehrperiodige Anlageinvestitionen mit unterschiedlichen Überschußstrukturen und variabler Projektlänge bei linearer Abschreibung	218
Abb. V-3:	Barwerte der Abschreibungsverrechnung bei unterschiedlichen Abschreibungsverfahren bei variabler Projektlänge und steigenden Einzahlungsüberschüssen ($\epsilon^+ = 3$)	220
Abb. VI-1:	Ausgewählte Beispiele zur ökonomischen Analyse der bilanzrechtlichen Verlustvorwegnahme	227
Abb. VI-2:	Wirkungen der bilanzrechtlichen Verlustvorwegnahme	234
Abb. VII-1:	Kapitalwertvergleich im Fall eines Arbitragegleichgewichts am Kapitalmarkt	252
Abb. VII-2:	Ursachen steuerlicher Entscheidungsverzerrungen bei rentablen Investitionsprojekten	258
Abb. VII-3:	Wirkung des Nominalwertprinzips bei unterschiedlichen Überschußverläufen	264
Abb. VIII-1:	Lösungsraum für die Finanzierungsentscheidung des Unternehmens ...	287
Abb. VIII-2:	Auswirkungen der Bilanzverknüpfung auf den finanzplanerischen Lösungsraum	297
Abb. X-1:	Wohlfahrtsverluste aus der Verzerrung der intersektoralen Kapitalstruktur	341
Abb. XI-1:	Internationaler Kapitalverkehr am Beispiel einer kleinen offenen Volkswirtschaft	361
Abb. XI-2:	Internationale Kapitalstruktur im Zwei-Länder-Modell	370
Abb. XI-3:	Zuordnung der steuerlichen Aktionsparameter zu den einzelnen Firmentypen	375
Abb. XI-4:	Einfluß weltweit einheitlicher Veränderungen der Besteuerung von Wertzuwächsen auf die internationale Kapitalstruktur	385
Abb. XI-5:	Einfluß weltweit einheitlicher Veränderungen der Besteuerung von Zinseinkünften auf die internationale Kapitalstruktur	386

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	anderer Ansicht
Abb.	Abbildung
Abs.	Absatz
Abschn.	Abschnitt
AG	Aktiengesellschaft
AK	Anschaffungskosten
Anm.	Anmerkung
AO	Abgabenordnung
Art.	Artikel
AStG	Außensteuergesetz
BB	Der Betriebsberater
Bd.	Band
BewG	Bewertungsgesetz
BFH	Bundesfinanzhof
BFuP	Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis
BGBI	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BR-Drs.	Bundesrats-Drucksache
BStBl	Bundessteuerblatt
BT-Drs.	Bundestags-Drucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
bzw.	Beziehungsweise
d. h.	Das heißt
DB	Der Betrieb
DBA	Doppelbesteuerungsabkommen
DBW	Die Betriebswirtschaft
DStR	Deutsches Steuerrecht
EB	Einheitliche Bilanzierung
EK	Eigenkapital
Est	Einkommensteuer
EstDV	Einkommensteuer-Durchführungsverordnung
EstG	Einkommensteuergesetz
EstG	Einkommensteuergesetz
EstR	Einkommensteuerrichtlinien
EZÜ	Einzahlungsüberschuß

FA	Finanzarchiv
FK	Fremdkapital
FN	Fußnote
FR	Finanzrundschau
GB	Getrennte Bilanzierung
GE	Geldeinheiten
GewESt	Steuer nach dem Gewerbeertrag
GewKSt	Steuer nach dem Gewerbekapital
GewSt	Gewerbesteuer
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHR	GmbH-Rundschau
GoB	Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung
H.	Heft
HGB	Handelsgesetzbuch
HK	Herstellungskosten
Hrsg.	Herausgeber
i. d. F.	in der Fassung
i. d. R.	in der Regel
i. e. S.	im engeren Sinne
i. H. v.	in Höhe von
i. S. d.	im Sinne des
i. S. v.	im Sinne von
i. V. m.	in Verbindung mit
INF	Die Information über Steuer und Wirtschaft
Jg.	Jahrgang
JÜ	Jahresüberschuß
KapESt	Kapitalertragsteuer
KSt	Körperschaftsteuer
KStG	Körperschaftsteuergesetz
o. ä.	oder ähnliche(s)
o. V.	ohne Verfasser
OECD	Organisation for Economic Cooperation and Development
S.	Seite
SAHZ	Schütt-aus-hol-zurück
SAHZV	Schütt-aus-hol-zurück-Verfahren
sog.	sogenannte
SolZ	Solidaritätszuschlag
SolZG	Solidaritätszuschlagsgesetz
Sp.	Spalte
SteuerStud	Steuer und Studium
StRefG	Steuerreformgesetz
StuW	Steuer und Wirtschaft

SZ	Süddeutsche Zeitung
Tab.	Tabelle
u. ä.	und ähnliche
u. U.	unter Umständen
u. v. m.	und viele mehr
v. a.	vor allem
v. H.	von Hundert
VSt	Vermögensteuer
VSt	Vermögensteuer
VStG	Vermögenssteuergesetz
VStR	Vermögensteuer-Richtlinien
VZR	Veranlagungszeitraum
WiSt	Wirtschaftswissenschaftliches Studium
WISU	Das Wirtschaftsstudium
Wpg	Die Wirtschaftsprüfung
z. T.	zum Teil
z. v. E.	zu versteuerndes Einkommen
z. B.	zum Beispiel
ZfB	Zeitschrift für Betriebswirtschaft
ZfbF	Zeitschrift für Betriebswirtschaftliche Forschung
ZfhF	Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht und Insolvenzpraxis

Symbolverzeichnis

a	steuerliche Abschreibungsrate
A_0	Anfangsinvestitionsausgabe zum Ende der Periode 0
B	Schuldenbestand
BMG	Bemessungsgrundlage
b	handelsrechtliche Abschreibungsrate
c	Kapitalkosten der Unternehmung
c^{EB}	Kapitalkosten bei einheitlicher Bilanzierung
c^{GB}	Kapitalkosten bei getrennter Bilanzierung
C	Konsum
D	Kreditaufnahme bzw. Rückzahlung
EW_t	Ertragswert in Periode t
EWA_t	Ertragswertänderung in Periode t (= ökonomische Abschreibung in diskreter Formulierung)
EAW_t^*	Ertragswertänderung eines Investitionstyps in Periode t
ewa_t^*	Ertragswertorientierter Abschreibungssatz eines Investitionstyps in Periode t
$F(K, L)$	Produktionsfunktion
H	Buchwerte in der Handelsbilanz
i	Interne Verzinsung (vor Steuern)
i_s	Interne Verzinsung (nach Steuern)
I	Nettoinvestition
K	Kapitaleinsatz
KW	Kapitalwert (vor Steuern)
KW_S	Kapitalwert (nach Steuern)
L	Arbeitseinsatz
m_t	Mengenmäßige Warenzu- bzw. Abgänge in Periode t
n	Planungszeitraum
PB_t	Steuerrechtlich zulässige Verrechnung zahlungsungleicher Aufwendungen in Periode t
$p^{K;j}$	Effektiver Kapitalgüterpreis im K -Sektor für einheitliche ($j = EB$) und getrennte ($j = GB$) Bilanzierung
p^P	Effektiver Kapitalgüterpreis im P -Sektor
q	Abzinsungsfaktor (vor Steuern)
q_s	Abzinsungsfaktor (nach Steuern)
Q	Beteiligungsfinanzierung
r	Kapitalmarktverzinsung (vor Steuern)

r_S	Kapitalmarktverzinsung (nach Steuern)
R	Bruttoausschüttungen der Unternehmung
R_n	Nettoausschüttungen der Unternehmung
s_{Eff}	Effektiver Grenzsteuersatz
s	Steuersatz (allgemein)
s_A	Steuersatz auf ausgeschüttete Gewinne
s_E	Steuersatz auf einbehaltene Gewinne
s_P	Steuersatz für Gewinne von Personengesellschaften bzw. Einzelunternehmen
s_W	Steuersatz auf Kursgewinne
s_Z	Steuersatz auf Zinsen
S	Buchwerte der Steuerbilanz
t	Zeitindex
T	Aufkommen aus der Besteuerung ausgeschütteter Gewinne
T	Aufkommen aus der Besteuerung einbehaltener Gewinne
T^W	Aufkommen aus der Besteuerung von Kursgewinnen
T^Z	Aufkommen aus der Besteuerung von Zinsen
U	Nutzenfunktion des Haushalts
V	Marktwert der Unternehmung
w	Lohnsatz
y	Einkommen
Z_t	Zahlungsüberschuß in Periode t
Z_t^*	Zahlungsüberschuß eines Investitionstyps in Periode t
δ	Ökonomische Abschreibung (stetige Formulierung)
Φ	Verhältnis der effektiven Kapitalgüterpreise
λ	Linearfaktor in diskreten Kapitalwertmodellen
λ_B	Schattenpreis des Schuldenbestandes
λ_H	Schattenpreis der handelsbilanziellen Buchwerte
λ_K	Schattenpreis des Kapitalstocks
λ_S	Schattenpreis der steuerbilanziellen Buchwerte
Π	Bilanzgewinn
Θ_A	Steuerfaktor für ausgeschüttete Gewinne ($\Theta_A = 1 - s_A$)
Θ_E	Steuerfaktor für einbehaltene Gewinne ($\Theta_E = 1 - s_E$)
Θ_P	Steuerfaktor für Gewinne von Personengesellschaften bzw. Einzelunternehmen ($\Theta_P = 1 - s_P$)
Θ_W	Steuerfaktor für Kursgewinne ($\Theta_W = 1 - s_W$)
Θ_Z	Steuerfaktor für Zinsen ($\Theta_Z = 1 - s_Z$)
ϖ	Steuerkeil
Ψ	Hamiltonfunktion

„It used to be said that two things were unavoidable: death and taxes. There is a widespread feeling today that under our present tax code only one of these is unavoidable.“

J. E. Stiglitz

„Diejenigen Ausreden, in denen gesagt ist, warum die AG keine Steuern bezahlen kann, werden in einer sogenannten ‚Bilanz‘ zusammengestellt.“

*K. Tucholsky*¹

Einleitung

A. Problemstellung

In unseren eingangs angeführten Zitaten drücken die Autoren ihre – zugegebenermaßen pointiert formulierte – Skepsis gegenüber der derzeit praktizierten Steuererhebung im allgemeinen und der steuerbilanziellen Gewinnermittlung im besonderen aus. Hauptsächlich der letztgenannte Bereich erfreut sich dabei gerade im wissenschaftlichen Schrifttum größter Beliebtheit. Kaum eine Materie wurde derart umfassend und kontrovers diskutiert wie die Frage, wie steuerliche Bemessungsgrundlagen „richtig“ zu ermitteln seien. Gäbe es dazu eine „Hitliste“ wissenschaftlich abgehandelter Themenbereiche, stünde das Gebiet der Beziehungen zwischen handelsrechtlicher Rechnungslegung und Unternehmensbesteuerung sicherlich mit an der Spitze. Damit drängt sich zwangsläufig die Frage auf, weshalb der kaum noch überschaubaren Zahl an Veröffentlichungen zu diesem Themengebiet eine weitere hinzugefügt werden soll.

Betrachtet man zunächst die historische Dimension der Verknüpfung von handels- und steuerrechtlicher Rechnungslegung, so ist festzustellen, daß diese gerade in Deutschland auf eine über 100-jährige Tradition zurückblicken kann. Entstanden ist das sog. Maßgeblichkeitsprinzip² im Rahmen der Steuerreformen in den Ländern Sachsen und Bremen im Jahre 1874.³ Seither sind hierzulande Handels- und Steuerbilanz über dieses Prinzip mehr oder weniger eng miteinander verbunden.⁴

¹ Beide Zitate aus Raab (1993), S. 39, 103.

² Danach ist für Zwecke der Ertragsbesteuerung der Gewinn „maßgeblich“, welcher sich auf Basis handelsrechtlichen Rechnungslegungsvorschriften ergibt.

³ Diesem Vorbild folgten die übrigen Länder, so u. a. im Jahre 1891 der preußische Gesetzgeber, bis schließlich § 33 des EStG 1920 erstmals eine reichseinheitlich Anknüpfung der steuerlichen Gewinnermittlung an die handelsrechtliche Rechnungslegung vorsah. Vgl. hierzu ausführlich Pohl (1983), S. 18 ff., Alsheimer (1974), S. 842.

⁴ Vgl. zur Entwicklung im einzelnen z. B. Robisch/Treisch (1997) oder neuerdings Pfahl (1999).

Als im Jahr 1989 dann der deutsche Gesetzgeber den § 5 I Satz 2 in das EStG eingefügt hat, wonach handels- und steuerrechtliche Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechte nur noch einheitlich ausgeübt werden können,⁵ ist derzeit eine sehr starke wechselseitige Abhängigkeit der Rechenwerke zu konstatieren. Insgesamt läßt sich damit das Maßgeblichkeitsprinzip heute durch folgende Merkmale kennzeichnen: Zum einen ist die Handelsbilanz Grundlage der steuerlichen Gewinnermittlung. Zum anderen beeinflussen steuerliche Wahlrechte den handelsrechtlichen Jahresabschluß, da diese einheitlich ausgeübt werden müssen.

Trotz seiner langen Tradition ist das beschriebene Maßgeblichkeitsprinzip bis in die jüngste Zeit heftigst umstritten. Die Trennlinie zwischen Befürwortern und Gegnern der engen Verbindung von Handels- und Steuerbilanz reicht dabei offenbar sogar bis in die Ministerialbürokratie unterschiedlicher Ressorts.⁶

- Im Jahr 1998 wurde vom deutschen Gesetzgeber das KapAEG⁷ verabschiedet. Der entsprechende Referentenentwurf des Justizministeriums will für die Unternehmensbesteuerung weiterhin das Maßgeblichkeitsprinzip der Handelsbilanz für die Steuerbilanz nach bisheriger Ausprägung beibehalten. Insbesondere wird eine umfassende Angleichung an internationale Rechnungslegungsstandards u. a. deshalb abgelehnt, weil die derzeitige Handelsbilanz weiterhin als Stütze der Maßgeblichkeit für eine steuerliche Gewinnermittlung dienen soll. Allein wegen der Funktion der Handelsbilanz als eine Art „steuerliches Ersatzteillager“ komme die Aufgabe des Maßgeblichkeitsprinzips nicht in Frage.
- Sowohl der noch unter der CDU/CSU-FDP geführten Bundesregierung im Finanzministerium erarbeitete Referentenentwurf des Steuerreformgesetzes 1999⁸ als auch der Gesetzentwurf des Steuerentlastungsgesetzes 1999/2000/2002 der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen⁹ strebt eine Verbreiterung unternehmenssteuerlicher Bemessungsgrundlagen an. Insbesondere die „vorsichtigen“ Bilanzierungselemente, welche über den Maßgeblichkeitsgrundsatz in das Steuerrecht hineingetragen werden, sind den Reformern ein Dorn im Auge.¹⁰ Deshalb sollen Teilwertabschreibungen auf der Aktivseite generell

⁵ Der deutsche Gesetzgeber hat im Zuge des WoBauFG von 22. 12. 1989 ein Satz 2 an § 5 I EStG angefügt, mittels dessen die insbesondere die umfassende Geltung der sog. „umgekehrten Maßgeblichkeit“ umfassend kodifiziert wurde. Vgl. Herzig (1995), S. 110.

⁶ Vgl. zum folgenden insbesondere Wagner (1998a), S. 56 f.

⁷ Vgl. dazu den Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit deutscher Konzerne an internationalen Kapitalmärkten und zur Erleichterung der Aufnahme von Gesellschafterdarlehen (Kapitalaufnahmeerleichterungsgesetz – KapAEG); Bundesratsdrucksache 967/96.

⁸ Vgl. Entwurf eines Steuerreformgesetzes 1999, Bundesministerium der Finanzen IV St 1 – S 1910 – 115/97 v. 13. 03. 1997 (zitiert nach Wagner (1998a)).

⁹ Vgl. Bundestagsdrucksache 14/23 v. 09. 11. 1998.

¹⁰ Vgl. zu einem Überblick über die geplanten Maßnahmen etwa Bareis (1999), Winkelmann/Pickhardt (1999) und Kruhl (1999).

verboten¹¹ und die Rückstellungsbildung auf der Passivseite erschwert werden. Damit ist die enge Verknüpfung von Handels- und Steuerbilanz nach bisherigem Muster in seinen Grundfesten erschüttert.

Aus den jüngsten bilanzrechtlichen Reformprojekten des Gesetzgebers läßt sich damit keine einheitliche Richtung feststellen. Zudem zeigt auch ein Blick in Schrifttum und Rechtsprechung, daß das Maßgeblichkeitsprinzip neuerdings wiederum grundsätzlich diskutiert wird.¹² Die von den Gegnern einer engen Kopplung von Handels- und Steuerbilanz in diesem Zusammenhang vorgetragene Argumente beziehen sich insbesondere auf die unterschiedlichen Zielsetzungen der beiden Rechenwerke: Ein auf Basis des handelsrechtlichen Vorsichtsprinzips ermittelter, „ausschüttungsfähiger“ Gewinn sei nicht mit dem „vollen“ oder „wahren“ Gewinn identisch, welcher allein zur Bestimmung der steuerlichen Leistungsfähigkeit geeignet sei.¹³ Zudem würden „die das Handelsrecht beherrschenden GoB ausgehöhlt“¹⁴, wenn rein steuersubventionell bedingte Wahlrechte via umgekehrter Maßgeblichkeit in der Handelsbilanz ausgewiesen werden müssen. Die Effektivität des handelsrechtlichen Jahresabschlusses sei damit gefährdet. Dem halten die Befürworter des Maßgeblichkeitsgedankens entgegen, daß es keine von der steuerlichen abweichende handelsrechtliche Leistungsfähigkeit gebe¹⁵, daß das Maßgeblichkeitsprinzip dazu diene, die Begehrlichkeiten des Fiskus im Zaume zu halten¹⁶, daß durch eine vorsichtige Bewertung die Unternehmungssubstanz gestärkt werde¹⁷ oder ganz lapidar, daß sich der Maßgeblichkeitsgrundsatz ganz einfach bewährt habe¹⁸. Beide Standpunkte ließen sich durch zahlreiche weitere Äußerungen im Schrifttum stützen. Jedoch hat bereits unser knapper Streifzug gezeigt, daß die Diskussion um die Verknüpfung von Handels- und Steuerbilanz äußerst facettenreich ist.

Wir wollen an dieser Stelle keinesfalls den Eindruck erwecken, als könnte man die genannten Argumente ohne weiteres von der Hand weisen. Allerdings ist es kaum möglich, auf einer derartigen Basis ein umfassendes Urteil über die praktizierte Art der Bilanzverknüpfung abzugeben, da sich etwa hinter einzelnen Stand-

¹¹ Im Gegensatz zum ursprünglichen Entwurf sind in der derzeit diskutierten Fassung Teilwertabschreibungen unter eingeschränkten Voraussetzungen weiterhin möglich (vgl. dazu BMF (1999), S. 13 f.).

¹² Vgl. zu einem Überblick hinsichtlich der am häufigsten vorgetragene Argumente Söffing (1995).

¹³ Vgl. in diesem Sinne z. B. Weber-Grellet (1994a), S. 288 f., Weber-Grellet (1997a), S. 385 f. sowie auch BT-Drucksache 14/23 v. 09. 11. 1998, S. 171.

¹⁴ Dziadkowski (1989), S. 438.

¹⁵ Vgl. etwa Döllerer (1988), S. 238. Vgl. in diesem Sinne ist wohl auch folgendes Zitat zu verstehen: „Ebenso wie die Anteilseigner eines Unternehmens wird auch der Fiskus die Kuh nicht schlachten wollen, die er melken will.“ (Gelhausen / Fey (1994), S. 604).

¹⁶ Vgl. etwa Söffing (1995), S. 655.

¹⁷ Vgl. Söffing (1995), S. 668.

¹⁸ Vgl. z. B. Lutz (1999), S. 148.